Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1906)
Heft: 5-6

Artikel: Der Pazifismus und Präsident Fallières
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-802527

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

eilen. Das ist etwas Ergreifendes, Unvergessliches. Seit einem Jahre spricht man uns nur von Krieg mit Deutschland. Wir müssten viele Deutsche töten, und unsererseits müssten viele ihren Tod finden. Warum? Man weiss das eigentlich nicht sehr genau. Vielleicht weil der Offizier, der in Casablanca, einem Orte, von dessen Existenz kaum zehn Franzosen etwas wissen, kommandieren soll, ein Belgier sein wird. Ernste Leute versichern das. Es gibt selbst Wahnwitzige, die das zu wünschen scheinen. Dann stellt man uns den Deutschen als ein Ungeheuer dar, der nach unserem Blute dürstet, und wir selbst gelten in Deutschland als Menschenfresser. Man muss sich schlagen; der Krieg ist notwendig, er ist gut . . . Seit einem Jahre schwebt dieses Damoklesschwert über unseren Häuptern. Seit sechs Wochen streitet man sich in Algeciras herum. Und Hunderte von Malen tönte der Unheilsruf: Das Einvernehmen ist unmöglich. — Jetzt scheint man sich in Algeciras zu verständigen. — Viel ergreifender und bezeichnender als das Geschwätz der Diplomaten ist das, was die deutschen Bergleute getan haben. Diese Männer haben die Grenze überschritten und auf französischem Boden ihre Uniform gezeigt. Sie hatten keine Waffen in der Hand, sondern Rettungswerkzeuge. Brüder, Bergleute, deren hartes Leben und Leiden sie aus eigener Erfahrung kennen, waren im Bergwerk verschüttet worden. Franzosen? Deutsche? was kommt's drauf an? Menschen! Sie haben sich erboten, sie zu finden, die noch lebend wären, und die Toten ihrer Familie zuzuführen, unter fortwährenden Gefahren für ihr eigenes Leben. Wenn ein einziger von ihnen in dem Bergwerke bliebe, so wäre die Bedeutung dieses Opfers gar nicht zu ermessen. Bevor diese deutschen Bergleute an das Vaterland denken, gehören sie der Menschheit an."

——o——

Der Pazifismus und Präsident Fallières.

In der französischen Friedenszeitschrift „Etats-Unis d'Europe" lesen wir: Nach der Wahl des Herrn Fallières zum Präsidenten von Frankreich, schrieb unser Freund Emil Arnaud einen Gratulationsbrief an Herrn Fallières, aus dem wir folgende Stellen entnehmen: Wir erinnern uns der Unterstützung, die Sie unserer Sache geliehen haben, indem Sie Ihr Ansehen als Vorsitzender des französischen Senats in den Dienst der Friedenssache stellten und den Vorsitz über die X. interparlamentarische Konferenz für den Frieden und das internationale Schiedsgericht übernahmen. Wir erinnern uns mit Dankbarkeit der schönen Worte, welche Sie an diejenigen Mitglieder der verschiedenen Parlamente richteten, die der Einladung des französischen Parlamentes gefolgt waren. Auch hegen wir die Ueberzeugung, dass Sie den nationalen Ruhm (la Gloire nationale) mehr in der Achtung vor dem Rechte, der Billigkeit und der Gerechtigkeit sehen als in der Sucht nach kriegerischem, blutigem Triumphe der Gewalt, und dadurch würden Sie sich ebenso um Frankreich als um die Menschheit verdient machen.

Herr Armand Fallières hatte nämlich am 31. Juli 1900 die Interparlamentarier mit folgenden Worten begrüsst: „Dank Ihrer Tätigkeit sind wir schon weit über die Zeit hinausgekommen, in welcher der Schiedsgerichts-Gedanke als ein Gedankenspiel oder als eine verdammenswerte Kühnheit angesehen würde, weil man gewöhnt ist, überall, wo sich eine ungerechtfertigte Gegnerschaft regt, es die Weisheit der Völker zu nennen. Heute muss man mit seiner Existenz rechnen. Es geht bei den Völkern wie bei den einzelnen Menschen: jeder Widerstand verschwindet mit der Zeit vor der grossen Macht eines Gedankens, welcher seine Stärke aus der heiligen Quelle der Brüderlichkeit zieht.

Wir besitzen zuviel Lebenserfahrung, als dass wir uns von chimärischen Hoffnungen locken liessen, dass wir am Ziele halten; aber nichts darf unsere Geduld ermüden. Die Vorurteile, die Begierden sind nicht überall und immer die einzigen Herren der Welt, sondern über ihnen herrscht mit der ganzen Hoheit des menschlichen Gewissens das Recht, die Billigkeit und die Gerechtigkeit. Sie sind Männer des Wortes und der Feder. Sie hegen die Glaubensglut der Apostel. Gehen Sie mutig Ihrer Aufgabe nach; lehren Sie die Völker, dass es höherer Ruhm für sie ist, ihre ganze Macht vor einer einfachen schiedsgerichtlichen Entscheidung zu beugen, als auf dem Schlachtfelde nach dem blutigen Triumphe der Gewalt zu sterben, und Sie werden sich ein grosses Verdienst um ihr Vaterland und um die Menschheit erwerben."

——o——

Sozialdemokratie und Militär.

Wir haben in letzter Nummer unserer Zeitschrift die Beschlüsse des sozialdemokratischen Parteitages in Olten über die Militärfrage wiedergegeben. Ein Teil der Presse hat den guten Willen der Partei gar nicht anerkannt und hauptsächlich gegenüber der These III, welche das Militäraufgebot bei Streiks behandelt, eine absolut ablehnende Haltung eingenommen.

Wir sind der Ansicht, dass es in solchen Angelegenheiten, wo sich eine grosse Partei mit Entschiedenheit für eine Aenderung einer bisherigen Gewohnheit ausspricht, im Interesse der Gesamtheit wäre, wenn man sich nicht starr und steif auf den eigenen Standpunkt stellen würde, sondern einmal die Angelegenheit — in diesem Falle die Verwendung des Militärs bei Streiks — mit der Brille des Gegners betrachten würde. Dies besonders, wenn dieser Gegner so viel guten Willen gezeigt hat, wie dies von der Mehrheit der in Olten tagenden Delegierten geschehen ist und wenn ausserdem die Klugheit dies gebietet. Letzteres ist in diesem Falle ganz besonders zu betonen. Bekanntlich droht die dritte der Oltener Thesen mit Verwerfung der neuen Militärorganisation, wenn dieselbe nicht die Garantie bietet, dass das Militär bei Streiks nicht aufgeboten wird. Wäre es nicht schade, wenn das Schicksal der neuen Militärorganisation, die unserer Armee so viele unleugbare Vorteile verspricht, dieser Sache wegen in ungünstigem Sinne besiegelt würde? Lohnt es sich da nicht, vielmehr auf Mittel zu sinnen, diesen Stein des Anstosses aus dem Wege zu räumen?

Denken wir uns doch in die Lage eines Streikenden, oder gar eines Streikführers, der durch das Militäraufgebot nicht nur verhindert wird, am wirtschaftlichen Kampfe aktiv teilzunehmen, sondern der gar gegen seine Interessen in diesen Kampf eingreifen soll. Findet da nicht eine gesetzliche Vergewaltigung des Streikenden und eine Schmälerung der Gewissensfreiheit statt? Man wende nicht ein, dass es sich für das Militär nicht um die einseitige Anteilnahme am Kampfe handle, sondern lediglich um Aufrechterhaltung der Ordnung, beziehungsweise um den Schutz von Leben und Eigentum aller. Auch bei neutralem Verhalten der aufgebotenen Truppen erwecken dieselben den Eindruck, als handle es sich um die Bekämpfung des Streiks, respektive um Parteiergreifung des Staates für die Arbeitgeber und gegen die Arbeiter. Dass dem so ist, das geht ja schon aus der entschiedenen Haltung der gegnerischen Pressen der bürgerlichen und der sozialistischen Parteien für oder wider das Militäraufgebot hervor. Auch dieser angebliche Schein sollte vermieden werden. Wir sagen absichtlich „angeblich";